

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	23
A. Grundlagen	29
I. Externe Hoheitsgewalt	29
II. Abgrenzung und Einordnung externer Hoheitsgewalt	39
III. Zwischenergebnis	96
B. Externe Hoheitsgewalt in den untersuchten Krisengebieten	97
I. Besondere Herrschaftsformen in Bosnien-Herzegowina: Mostar, die Republik Bosnien-Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen und die Region Brčko	97
II. Die Mission der UNO zur Übergangsverwaltung in Ostslawonien, Baranja und West Sirmium (UNTAES) von 1996 bis 1998	182
III. Die Verwaltung des Kosovo durch die internationalen Präsenzen KFOR und UNMIK seit 1999	201
IV. Die Mission der UNO zur Übergangsverwaltung in Ost-Timor (UNTAET) von 1999 bis 2002	301
C. Schluss	346
I. Externe Hoheitsgewalt in den untersuchten Krisengebieten: Im Spannungsverhältnis zwischen zusätzlichen Lösungsoptionen und erweiterten Interessenkonflikten	346
II. Zusammenfassung der rechtlichen Strukturen in den untersuchten Fällen	352
Literaturverzeichnis	359

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	23
A. Grundlagen	29
I. Externe Hoheitsgewalt	29
II. Abgrenzung und Einordnung externer Hoheitsgewalt	39
1. Intervention	39
2. Militärische Besetzung	41
3. Adjudikation, Staatsgründung durch internationalen Akt und Annexion	47
4. Maßnahmen mit extraterritorialen Wirkungen, Hoheitsakte im Ausland und Exterritorialität	50
5. Supranationale Hoheitsgewalt	53
6. Kondominium und Koimperium	55
7. Verwaltungszession, Verpachtung und Servituten	58
8. Protektorat	60
9. „Internationalisierung“ und „Internationale Verwaltung“	64
10. Besondere Tätigkeiten internationaler Organisationen	80
a. Das Mandatssystem des Völkerbunds und das Treuhandsystem der UNO	81
b. Missionen internationaler Organisationen	86
III. Zwischenergebnis	96

B. Externe Hoheitsgewalt in den untersuchten Krisengebieten	97
I. Besondere Herrschaftsformen in Bosnien-Herzegowina: Mostar, die Republik Bosnien-Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen und die Region Brčko	97
1. Die politische und militärische Auseinandersetzung um Bosnien-Herzegowina ab 1990	97
a. Ausgangsbedingungen, internationale Vermittlungsbemühungen und Beginn des Bürgerkrieges	97
b. Die Präsenz der UNO in Bosnien-Herzegowina	101
c. Neue internationale Bemühungen durch die in London gegründete Friedenskonferenz ab Sommer 1992	102
aa. Der Vance-Owen-Plan von Anfang 1993	102
bb. Der Owen-Stoltenberg-Plan vom Sommer 1993	105
cc. Der EU-Aktionsplan 1993/94	106
dd. Der Kontaktgruppenplan vom Sommer 1994	107
ee. Die amerikanische Initiative: Der Weg zum Abkommen von Dayton 1995	108
2. Die Verwaltung der Stadt Mostar durch die EU	110
a. Die Auseinandersetzungen um die Stadt	110
b. Die rechtlichen Grundlagen der EU-Verwaltung	111
c. Institutioneller Aufbau und Kompetenzen der EU-Verwaltung	116
d. Steuerungs- und Überprüfungskontrolle	120
e. Die Regelung des Übergangscharakters der Verwaltung	121
f. Der Verlauf der Mission	122
g. Unionsrechtliche Maßnahmen zur Durchführung der Verwaltung	125
h. Fazit zur EU-Verwaltung von Mostar	127
3. Die Friedensordnung in Bosnien-Herzegowina nach dem Abkommen von Dayton	128
a. Die Vorbereitungen der externen Akteure vor der Konferenz von Dayton	128
b. Die Vereinbarungen von Dayton	130
c. Die Errichtung von Institutionen zur Ausübung externer Hoheitsgewalt durch die Vereinbarungen von Dayton und weitere Akte	136
aa. Der Inhalt der Vereinbarungen von Dayton	136
bb. Internationale Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarungen von Dayton	140
cc. Die Weiterentwicklung von IFOR zu SFOR (1996) und EUFOR (2004)	145
d. Institutionelle Organisation der Nachkriegsordnung in Bosnien-Herzegowina	148

e. Die Befugnisse der internationalen Institutionen in Bosnien-Herzegowina	149
aa. IFOR	149
bb. Der High Representative	150
cc. IPTF	155
f. Überprüfende Kontrolle der Institutionen IFOR, HR und IPTF	156
aa. IFOR	156
bb. High Representative	157
cc. IPTF	160
g. Die Regelung des Übergangscharakters	160
h. Fazit	164
4. Die besondere Aufsicht über Brčko 1997-1999	166
a. Der Interessenkonflikt um Brčko in Nordbosnien	166
b. Die Lösung von Dayton: Entscheidung durch einen Schiedsspruch	167
c. Das Schiedsverfahren	167
d. Die Entscheidung zur Errichtung einer Übergangsaufsicht	170
e. Die Etablierung einer Übergangsaufsicht	172
f. Die dauerhafte Lösung für die Region Brčko durch den Schlichterspruch vom 5.3.1999	174
g. Bewertung des Schlichtungsverfahrens	179
II. Die Mission der UNO zur Übergangsverwaltung in Ostslawonien, Baranja und West Sirmium (UNTAES) von 1996 bis 1998	182
1. Kroatiens Weg in die Unabhängigkeit von der SRF Jugoslawien	182
2. Die Präsenz der UNO in Kroatien ab 1992	185
3. Der gescheiterte Z4-Plan einer Übergangsverwaltung für die serbisch kontrollierten Gebiete in Kroatien	187
4. Die Übergangsverwaltung für Ostslawonien, Baranja und West Sirmium durch die UNO (UNTAES)	190
a. Die Einladung an die UNO	190
b. Die Einsetzung der UNTAES-Mission durch die UNO	192
c. Die Beendigung der UNTAES-Mission und nachfolgende Beobachtungsmissionen	197
d. Gründe für den erfolgreichen Verlauf der Mission	199

III. Die Verwaltung des Kosovo durch die internationalen Präsenzen KFOR und UNMIK seit 1999	201
1. Der Konflikt um das Kosovo	201
2. Die Internationalen Bemühungen um eine Vermittlung im Jugoslawien-Konflikt zu Beginn der 90er Jahre	207
3. Die Entwicklungen innerhalb des Kosovo nach den Einschränkungen der Autonomie	213
4. Die Verschärfung der Lage und Entwicklung zur Krise ab 1995	215
5. Die Konferenz von Rambouillet	222
a. Die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz	222
b. Der Entwurf von Rambouillet	223
c. Das Scheitern des Entwurfs von Rambouillet	227
6. Das gewaltsame Eingreifen der NATO-Staaten	228
7. Der Weg zur Beendigung der NATO-Intervention	229
8. Die weitere Entwicklung innerhalb der BRJ/Serbien	233
9. Der Rechtsrahmen der internationalen Präsenz im Kosovo	235
a. Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates vom 10.6.1999	235
aa. Die Wirkung der Resolution 1244 gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien	236
bb. Vereinbarkeit der Resolution 1244 mit Kapitel XII der UN-Charta	239
b. Das Militärisch-Technische Abkommen vom 9.6.1999	240
c. Der völkerrechtliche Status des Kosovo unter externer Hoheitsgewalt	241
d. Der rechtliche Rahmen jenseits der Resolution 1244 und dem MTA: Völkerrechtliches Besatzungsrecht und völkerrechtliche Pflichten der Bundesrepublik Jugoslawien	243
10. Die Sicherheitspräsenz KFOR	247
a. Der Aufbau von KFOR	247
b. Aufgaben und Befugnisse von KFOR	249
c. Die Beziehungen zwischen KFOR und jugoslawisch-serbischen Stellen	251
11. Die zivile Präsenz UNMIK	253
a. Die Grundlagen nach der Resolution 1244	253
b. Die Errichtung der UNMIK	255
aa. Der Bericht des UN-Generalsekretärs vom 12.6.1999	255
bb. Die Reaktionen der an UNMIK teilnehmenden Einheiten und internationalen Organisationen	258
aaa. UNHCR	258
bbb. OSZE	259
ccc. EU	260

c. Die Weiterentwicklung der UNMIK bei gleichzeitigem Aufbau einer örtlichen Selbstverwaltung	263
aa. Die „Joint Interim Administrative Structure“ vom Januar 2000	265
bb. Die „Provisional Institutions of Self-Government“ (PSIG) von 2001	268
d. Die Beziehungen zwischen UNMIK und Belgrad	274
e. Die Grenzen der Autorität von UNMIK durch Parallelinstitutionen	276
f. Die Rechtsetzung durch UNMIK	279
g. Die überprüfende Kontrolle von Maßnahmen der UNMIK	286
h. Das Auftreten von UNMIK und UNO im internationalen Verkehr für das Kosovo	294
12. Fazit	299
 IV. Die Mission der UNO zur Übergangsverwaltung in Ost-Timor (UNTAET) von 1999 bis 2002	301
1. Die politischen Verhältnisse um Ost-Timor bis 1998	301
a. Die Beherrschung Timors seit Beginn der Kolonisation	301
b. Die politischen Prozesse nach der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974	302
c. Die Intervention Indonesiens im Dezember 1975	303
d. Die internationalen Reaktionen auf das Vorgehen Indonesiens	305
2. Die Errichtung der UNTAET-Mission durch die UNO	307
a. Der Führungswechsel in Indonesien 1998 und Bewegung in der Osttimor-Frage	307
b. Die Volksabstimmung im August 1999 und die Eskalation der Gewalt	310
c. Die Etablierung von InterFET und UNTAET	311
3. Der Verlauf der UNTAET-Mission	315
a. Grundlegende Strukturentscheidungen im Rahmen der UNTAES	316
b. Die Einbindung der einheimischen Bevölkerung in Entscheidungen	320
c. Die überprüfende Kontrolle der UNTAET	323
d. Osttimor unter Verwaltung der UNTAET im völkerrechtlichen Verkehr	329
4. Die Nachfolgemission zur UNTAET: UNMISSET	341

C. Schluss	346
I. Externe Hoheitsgewalt in den untersuchten Krisengebieten: Im Spannungsverhältnis zwischen zusätzlichen Lösungsoptionen und erweiterten Interessenkonflikten	346
II. Zusammenfassung der rechtlichen Strukturen in den untersuchten Fällen	352
Literaturverzeichnis	359